Nr. 23 B 11 Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 14. Januar 1930 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3885 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3885—3895. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto: Berlin 660

Die Gegenaktion der Regierung

Aenderung des Reichsbankstatuts / Schacht fügt sich / Denkt nicht an Rücktritt

Haag, 14. Januar

Als Ergebnis einer langen Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wurde heute mittag von der deutschen Delegation folgende offizielle Mitteilung ausgegeben:

„Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung der Konferenz die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich gesetzlich zu gewährleisten.

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärt, sich selbstverständlich für diesen Fall den daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert.“

Vor der Presse gab Schacht heute folgende Darstellung:

Ende vorigen Jahres hat der amerikanische Vorsitzende des Bankkomitees eine schriftliche Anfrage an den Reichsbankpräsidenten gerichtet, die sich auf die Beteiligung der Reichsbank an der internationalen Bank bezog. Daraufhin hat Schacht mit dem Datum vom 31. Dezember geantwortet und in diesem Brief hervorgehoben, daß die Reichsbank ihren Entschluß erst nach dem Ergebnis der Haager Konferenz fassen könne. Diesem Brief liegt ein einstimmiger Beschluß des Direktoriums der Reichsbank zugrunde.

Der Vorsitzende des Komitees Reynold hat diesen Brief ungefähr am 3. Januar erhalten. Ferner hat der Reichsbankpräsident der Reichsregierung von dem Inhalt dieses Briefes Kenntnis gegeben. Irgendeine Rückfrage der Reichsregierung sei darauf nicht erfolgt.

Das Reichsbankdirektorium sei von der Ueberzeugung beherrscht, daß die Reichsbank in ein internationales Bankunternehmen nur dann eintreten könne, wenn auch die moralische Grundlage des Schäfts gesichert ist, sonst mache die Reichsbank nicht mit, „wenigstens nicht freiwillig“.

Schacht erklärt, er überlasse es der deutschen Regierung, welche Konsequenzen sie aus seiner Haltung ziehen will. Er selbst denke nicht daran, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Er erklärte wörtlich: **„Ich demissioniere nicht, wenn es vielleicht einigen Herren gerade passen sollte“.**

Die Reichsbank zu entpolitisieren und eine unpolitische Haltung des Reichsbankpräsidenten zu verbürgen. Dr. Schacht habe aber anscheinend die Meinung, daß die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten ihm ein Privileg für politische Entscheidung und politische Beeinflussung der allein verantwortlichen politischen Reichsregierung gäbe. Das sei ein Irrtum, der deutlich als solcher gekennzeichnet werden müsse.

*

In Bank- und Börsenkreisen wird der Vorstoß Schachts mit seltener Einmütigkeit verurteilt. Ein Bankdirektor, der bisher noch unbedingt zu den Anhängern Schachts gehörte, bezeichnete sein jetziges Verhalten als „Drückebergerei“. Denn die Punkte des Young-Plans, deren Aenderung Schacht fordert, seien nicht so belangreich, um eine neue Krise heraufzubeschwören.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts

Die Sitzung des Reichskabinetts war in der zweiten Nachmittagsstunde zu Ende. Die Verhandlungen mit der Reichskreditgesellschaft und der Preußischen Seehandlung haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Zu einer noch zu vereinbarenden Form werden diese Banken anstelle der Reichsbank in die Bank für Internationale Zahlungen eintreten. Von vornherein ist das nur als eine provisorische Maßnahme geplant, um den Abschluß der Verhandlungen im Haag und die Aktivierung der Internationalen Bank zu ermöglichen.

Der Eintritt der Reichsbank, der von Dr. Schacht an bestimmte Bedingungen geknüpft worden ist, wird sichergestellt werden durch das neue Reichsbankgesetz, in das die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen zu den Aufgaben und Pflichten der Reichsbank gehört. Das neue Reichsbankgesetz wird der Regierung die Möglichkeit geben, den Reichsbankpräsidenten abzuberufen, wenn er das Statut der Reichsbank, darunter auch die Bestimmung über die Internationale Bank, verletzt.

Das Kabinett in Berlin und die Mitglieder der Delegation im Haag sind sich darüber einig, daß diese Aenderung des Reichsbankgesetzes ausreicht.

Das energische Eingreifen der Regierung und der Delegation haben den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auch veranlaßt, einzulenken, so daß die Beteiligung der Reichsbank gesichert ist.

Der Brief Dr. Schachts an den Vorsitzenden des Bank-Komitees war der Reichsregierung seit dem 31. Dezember bekannt. Die ständige Fühlung der deutschen Delegation mit den im Haag anwesenden Vertretern der Reichsbank führte aber zu der Annahme, daß Dr. Schacht auf die Durchführung des angekündigten Schrittes inzwischen verzichtet habe. Deshalb war die Ueberraschung im Haag gestern so groß.

Unter Schachts Herrschaft

Das „Berliner Tageblatt“, das den neuen Seitensprung Schachts ebenfalls auf heftigste bekämpft, macht darauf aufmerksam, daß die politisch-wirtschaftliche Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung auch auf die Zusammensetzung ihrer Beamtenschaft charakteristisch gewirkt hat. Dort herrsche eine „Stahlhelm-Gesinnung“. Linksgerichtete Beamtenvertreter habe man abgebaut, statt dessen rechtsgerichtete Beamtenanwärter in Massen eingestellt. Klagen, die bis ans Reichsgericht liefen, blieben erfolglos, denn die Reichsbank hat ja ihr eigenes, noch immer geheim gehaltenes Beamtenstatut sich geschaffen.

Als vor kurzem Drohbriefe an Schacht und Mitglieder des Reichsbankdirektoriums wegen ungerechter Behandlung einliefen, wurden mehrere Hundert Reichsbankbeamte mit so entwürdigenden Methoden, es das Fingerabdruckverfahren ist, untersucht. Welche reaktionären Standesvorurteile bei der seitenden Beamtenschaft maßgebend sind, sieht man daraus, daß Beamte wegen Ehescheidung oder wegen nicht standesgemäßer Heirat abgebaut wurden. Nach dem Beamtenrecht der Reichsbank ist bei Disziplinaranträgen das Direktorium Ankläger und Richter in einer Person. So ist es also möglich Disziplinaranträge gegen den Reichsbankpräsidenten selbst zu stellen.

Fast noch ärger sind aber die Mitteilungen. die das „Berliner Tageblatt“ über die Einkünfte der **Reichsbankdirektoren** macht. Bekanntlich beträgt ohnehin schon das Gehalt des Reichsbankpräsidenten fast das Zehnfache eines Ministergehalts, nämlich 340 000 Mark während die übrigen Mitglieder 180 000 Mark erhalten. Beim Ausscheiden erhalten sie außerdem den achtfachen Betrag eines Jahresgehaltes. Das „Berliner Tageblatt“ fragt nun weiter, ob der **Reichsbankpräsident** in seiner Eigenschaft als **Präsident des Generalrats und der Golddiskontbank noch besondere Aufwendungen bezieht? Ist es richtig, daß die Direktoren der Golddiskontbank Doppelgehälter von Reichsbank und Golddiskontbank beziehen? Ist es richtig, daß diese Riesencinkommen auf Grund einer Verfügung des Reichsbankdirektoriums in „Geheimkonten“ geführt werden? Ist es richtig, daß für den Reichsbankpräsidenten ein jederzeit wieder auffüllbarer Dispositionsfonds eingerichtet ist?** U. A. w. g.

Wie der Konflikt entstand

Das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Schacht auf der Haager Konferenz hat leider die Voraussagen bestätigt, die in der ausländischen Presse bereits seit längerer Zeit gemacht worden waren. Noch vor wenigen Tagen hatte der Sonderberichterstatter des „Matin“, Julius Sauerwein, zu melden gewußt, daß der Reichsbankpräsident Schacht die Teilnahme an der Gründung der Internationalen Reparationsbank ablehnen würde. Obwohl Sauerwein zu den am besten unterrichteten internationalen Journalisten gehört, der seit langen bemüht ist, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu fördern, mochte man seiner Meldung keinen Glauben schenken.

Schachts Brief war sichtlich zu innerpolitischen Zwecken geschrieben. Der Reichsbankpräsident hatte wohl kaum angenommen, daß sein Wortlaut im Ausschuß zur Beratung der Reparationsbank verlesen werde. Er stelle sich vor, daß man erst über die sachlichen Punkte beraten, und die **Frage über die Beteiligung der Reichsbank** dann erst am Schlusse zur Diskussion stellen werde. Er war anscheinend sehr überrascht, als der Amerikaner Reynolds als Vorsitzender des Ausschusses schon vor Eintritt in die Tagesordnung nach Verlesung des Briefes an ihn die verhängnisvolle Frage nach der Beteiligung der Reichsbank richtete. Der Reichsbankpräsident versuchte nun einer Entscheidung auszuweichen. Er verfügt aber offenbar nicht über genügend Gewandtheit, um durch eine verbindliche Wendung zunächst einmal die Entscheidung hinauszuschieben. Das wäre ihm schon um deswillen sehr leicht gewesen, weil er sich in seinem Briefe auch auf die Deutschland angedrohten „Sanktionen“ berufen hatte. während ja gerade die Sanktionsfrage tyra vor seinem Entreffen im Haag in einer auch Deutschland befriedigenden Weise ihre Regelung gefunden hat. Wie aus dem Berichte im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ hervorgeht, ist nach dem Schacht-Intermezzo die Sitzung der Bankkommission aufgehoben worden. Die deutsche Delegation trat sofort gemeinsam mit Schacht zur einer Beratung zusammen.

Auch in dieser Delegationssitzung fand Dr. Schacht nicht den Mut zur Umkehr. Er hat aber anscheinend in seine Rechnung nicht die Tatsache eingestellt, daß der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer auf eine stärkere Rückendeckung in den Wirtschaftskreisen rechnen kann, als Dr. Hilferding, und nicht gewillt ist, sich ähnliches bieten zu lassen. Es soll in der Delegationssitzung sehr heftig zugegangen sein. Dr. Moldenhauer hat das Vorgehen Schachts als einen **Stoß in den Rücken der Delegation bezeichnet.** Es sollen sogar Aeußerungen von der Art gefallen sein, daß man in der Schachtschen Aktion **den Versuch sehe, das internationale Großkapital gegen die deutsche Regierung mobil zu machen.**

Der Reichsfinanzminister hat deshalb dem Kabinett vorgeschlagen, das Statut der Reichsbank gesetzlich so zu ändern, daß künftig die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen zu den Aufgaben und Pflichten der Reichsbank gehören soll. Es wird dann ferner in das neue Reichsbankstatut die Bestimmung aufgenommen, daß der Reichsbankpräsident abberufen werden muß, wenn er das Statut der Reichsbank verletzt.

Wie aus dem Haag berichtet wird, würde eine solche Statutenänderung keinerlei internationalen Schwierigkeiten begegnen. Der französische Ministerpräsident Tardieu und der englische Schatzkanzler Snowden haben ebenso wie die Amerikaner bereits ihre Zustimmung erteilt. In der deutschen Delegation werden heute vormittag die Blätterstimmen der Rechtspresse vorliegen, die in einer Abänderung des Reichsbankstatuts eine Gefahr für eine unabhängige Währungspolitik sehen wollen.

Dieser Stimmungsmache gegenüber verhalten sich insbesondere die Minister Curtius und Moldenhauer sehr kühl. Sie erklären übereinstimmend, **daß die Unabhängigkeit der Reichsbank hinsichtlich der Währungspolitik unangetastet bleiben soll.** Sie erklären aber ferner, daß alle Bestimmungen über die Unabhängigkeit der Reichsbank von der Staatspolitik im wesentlichen die Bedeutung hatten, **die Reichsbank zu entpolitisieren und eine unpolitische**

0167